

Rückblickend ist man meist klüger. Das gilt auch für die Erklärung von Wahlergebnissen. Deshalb sind Meinungs- und Wahlforscher relativ sicher bei der Interpretation vergangener Wahlen – und kluge Forscher vorsichtig bei Wahlprognosen. Rückblickend auf ein tatsächliches Wahlergebnis lassen sich Gründe für eine Wahlentscheidung leichter umreißen. Dafür bieten sich etwa folgende Deutungskriterien an:

Im Wahljahr haben die jeweiligen politischen *Stimmungslagen* eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Darunter fällt beispielsweise, ob die Zukunft in Dunkel oder Rosa gesehen wird, ob die wirtschaftliche Entwicklung gut oder schlecht eingeschätzt wird, ob man mit der Regierung insgesamt zufrieden ist oder nicht; dazu gehört auch, ob die Regierung und ihre führenden Repräsentanten noch als in die Zeit passend angesehen werden.

Bewertet werden sodann Fragen, die unmittelbar oder mittelbar mit der Einschätzung der *materiellen Situation* durch die Wähler zu tun haben. Ist die wirtschaftliche Lage des Landes gut oder weniger gut; wie sind die Aussichten für die nahe Zukunft? Was sind in diesem Feld die wichtigen Probleme – Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, soziale Absicherungen oder Steuern und Abgaben?

Bedeutsam sind meist auch Fragen, die für das *Sicherheitsgefühl* der Menschen und für das Leben im Generationenablauf wichtig sind; es handelt sich vordringlich um die Themen Kriminalität, Gewalt und

innere Sicherheit sowie Bildung und Zukunftschancen der Jungen und der Alten.

Besonders ökonomische Fragen werden von den Wählern als politische Leistungen oder als politisches Versagen aufgelistet und zugleich mit Zukunftserwartungen verbunden. Zunehmend wird dabei die eigene persönliche Situation in Augenschein genommen und nicht nur auf die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lage geblickt. Die Wähler fragen immer direkter: Wer sichert am besten meinen persönlichen Wohlstand ab?

## Zutrauen zu Programmen und Personen

Die Wahlforscher nehmen sodann gesellschaftliche Veränderungen in den Blick. Augenscheinlich haben etwa die Wähler in den neuen Bundesländern andere politische Sichtweisen als die in den alten. Es gibt aber auch zu berücksichtigende Konstanten im Wahlverhalten, etwa bei Katholiken oder Gewerkschaftsmitgliedern. Dieses soziologisch beziehungsweise sozialpsychologisch erklärbares Wahlverhalten nimmt in den letzten Jahrzehnten allerdings kontinuierlich ab.

Bei den Bundestagswahlen spielt das Zutrauen zu Programm und Personen der Parteien eine große Rolle. Die Wähler fragen sehr nachdrücklich, ob die Parteien Konzepte und Lösungsansätze für die vordringlichen Probleme haben und ob man Vertrauen in diesbezügliche Versprechungen haben kann. Die Antworten auf diese Fragen sind mitentscheidend

dafür, ob die jeweiligen Parteien ihre Anhängerschaft im Wahlkampf mobilisieren und am Wahltag zur Urne bringen können. Schließlich wird auch die Anziehungskraft von Kandidaten, natürlich besonders von Kanzlerkandidaten, in Beziehung gesetzt zu all diesen Fragen und Bewertungen.

Nicht zuletzt muss auch der Einfluss nicht vorhersehbarer Ereignisse, etwa von Unglücken oder Kriegausbrüchen, berücksichtigt werden. Erst in der Rückschau ist im Übrigen zu erkennen, welchen Einfluss die Wahlbeteiligung auf das Ergebnis hatte und wer die eigene Klientel am besten an die Wahlurne bringen konnte und wer nicht.

So wird aus der Zusammenschau vieler Einzelaspekte, aus der auch zeitbezogenen Gewichtung von Problemen und aus der Berücksichtigung längerfristiger parteipolitischer Bindungen und gesellschaftlicher Gegebenheiten eine Erklärung

für tatsächlich eingetretene Wahlergebnisse. Auch bei Wahlen sind Umstände und Verhaltensweisen von Menschen nicht wiederholbar. Somit ist deren künftiges Wahlverhalten nicht mit mathematischer Genauigkeit vorhersehbar.

### Verläufe und Merkmale der Wahlen seit 1983

Vergangene Wahlen geben aber Hinweise, wie man gegenwartsbezogenen Kriterien und Umständen einer Wahlentscheidung einordnen kann. Fragen wir also, welche Verläufe und Merkmale sich für die Bundestagswahlen seit 1983 feststellen lassen.

Die Wahl 1983 war geprägt durch den Regierungswechsel vom Oktober 1982 sowie durch einen Stimmungsumschwung von schweren Befürchtungen zur Hoffnung auf tief greifende Besserung im Winter 1982/83.

*Einschätzung der Leistung der Bundesregierung seit dem Regierungswechsel 1982*

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung

	„hat etwas beziehungsweise viel getan“		
	Oktober	März/ April	Oktober
	1985 %	1986 %	1986 %
Die Arbeitsplätze sichern	55	57	59
Die Wirtschaft ankurbeln	74	79	79
Für den Umweltschutz sorgen	55	53	48
Die Renten sichern	50	54	57
Eine stabile Wirtschaftslage sichern	–	74	77
Die Sozialleistungen verbessern	31	37	39
Die Familien mit Kindern stärker entlasten	38	46	42
Den Frieden sichern	63	62	61

Eine Kanzlerpräferenz zu Gunsten des neuen Bundeskanzlers Kohl gegenüber seinem Konkurrenten Vogel bildete sich erst in den letzten drei Wochen vor der Wahl heraus. Das alles dominierende Wahlkampfthema war mit 93 Prozent die Arbeitslosigkeit. Hier besaß die Union in Verbindung mit dem Vertrauen in ihre Wirtschaftspolitik die bei weitem bessere Lösungskompetenz.

Die Wahl von 1987 war eine Bestätigungswahl nach vier Jahren und gleichzeitig eine Entscheidung zwischen dem Regierungslager aus CDU/CSU und FDP einerseits und dem Oppositionslager aus SPD und Grünen andererseits. Die Regierung wurde mit geringen Verlusten (2,4 Prozent) bestätigt, wobei die FDP deutlich an Stimmen gewann.

Die Einschätzung der Wirtschaftslage war hervorragend, die Union besaß bei wirtschaftspolitischen Fragen einen eindeutigen Kompetenzvorsprung gegenüber der SPD, die Leistungen der Regierung wurden ausgesprochen positiv beurteilt (vergleiche Statistik Seite 50). Die Union galt unangefochten als Partei der Zukunft mit entsprechender Lösungskompetenz.

Auch in diesem Kontext konnte Bundeskanzler Kohl gegenüber seinem Herausforderer Ministerpräsident Rau nur in der letzten Phase des Wahlkampfes einen Vorsprung von sieben Prozent in der Kanzlerpräferenz erringen.

### **Die Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990**

Die erste gesamtdeutsche Wahl stand ganz im Zeichen des deutschen Einigungsprozesses. Die Union galt in Fragen der Einigung, des Wirtschaftsaufbaus und der Renten- und Arbeitsplatzsicherung als die mit Abstand kompetenteste Partei (vergleiche Statistik Seite 52). Sie hatte in Bundeskanzler Kohl gegenüber Ministerpräsident Lafontaine den mit Abstand bevorzugten Kanzlerkandidaten (49 zu 32

Prozent). Besonders in den neuen Bundesländern war es eine Dankes- und Hoffnungswahl für Union und Bundeskanzler gleichermaßen.

Die vorherrschende Meinung, die Wahl sei sowieso zu Gunsten der Regierung entschieden, führte zu einer bemerkenswert niedrigen Wahlbeteiligung von nur 77,8 Prozent.

Die Unfähigkeit der Grünen, sich mit dem Thema deutsche Einheit anzufreunden, ließ sie im westlichen Wahlgebiet an der Fünfprozentklausel scheitern.

### **Die Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994**

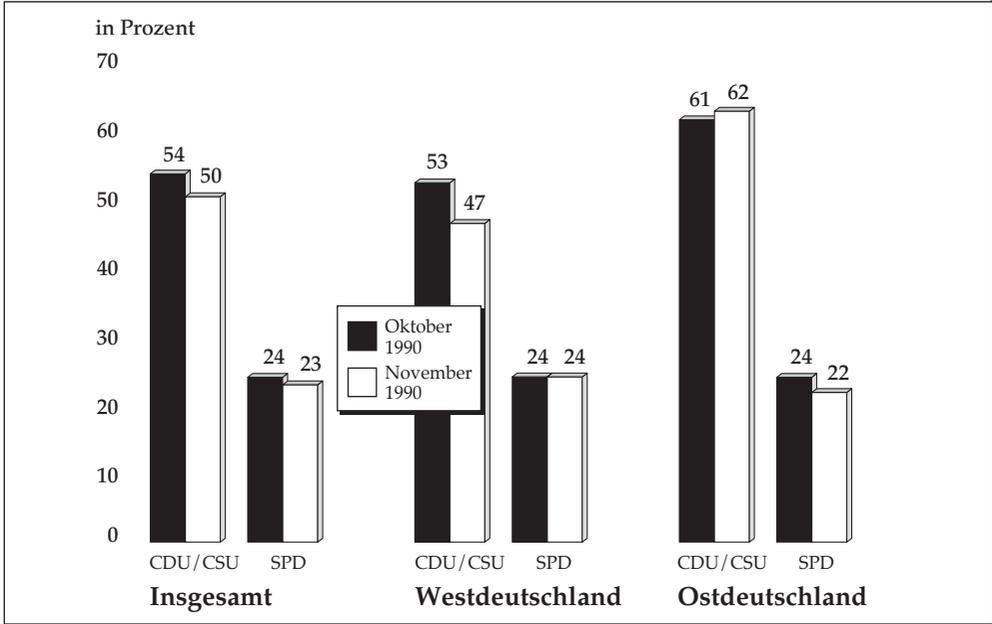
Bei der Wahl 1994 war die Bundesregierung bereits seit zwölf Jahren im Amt. Diese Tatsache und die erheblichen Probleme im Gefolge der Wiedervereinigung führten dazu, dass zu Beginn des Wahljahres ein politischer Wechsel erwartet wurde. Die Meinungslage änderte sich in den Monaten März bis Mai aber so gründlich, dass anschließend bis Oktober keine durchgreifende Wechselstimmung mehr zu erzeugen war.

In diesen Monaten gelang es den Regierungsparteien und insbesondere dem Bundeskanzler, die Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufschwung mit seiner Person zu verbinden (siehe Statistik Seite 53). Parallel dazu wuchs auch wieder die Kompetenz von Bundeskanzler Kohl gegenüber seinem Herausforderer Ministerpräsident Scharping, dem allerdings auch öffentlichkeitswirksame Fehler (Verwechslung von Brutto und Netto) unterliefen.

Der SPD schadete der Erfolg bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im April, der sie dazu verführte, eine von der PDS geduldete Minderheitsregierung mit den Grünen zu bilden. Eine analoge Situation in Bonn wurde aber von mehr als der Hälfte der Wähler im Osten und von drei Viertel der Wähler im Westen nicht gewünscht.

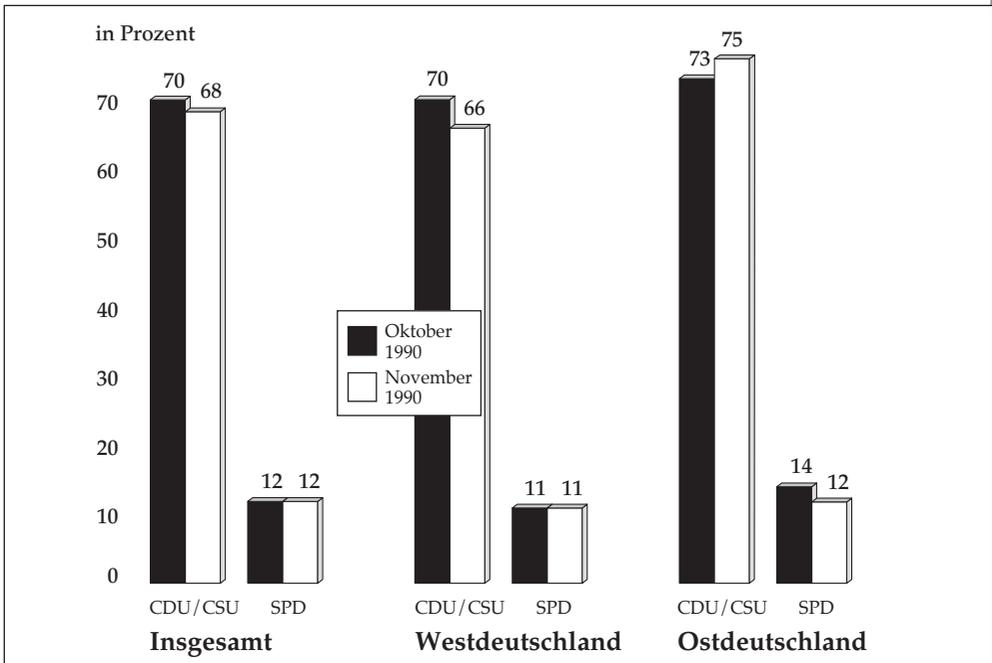
*Lösungskompetenz für Probleme, die durch die deutsche Einheit in Westdeutschland entstehen*

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 9010, 9011, 9012, 9013



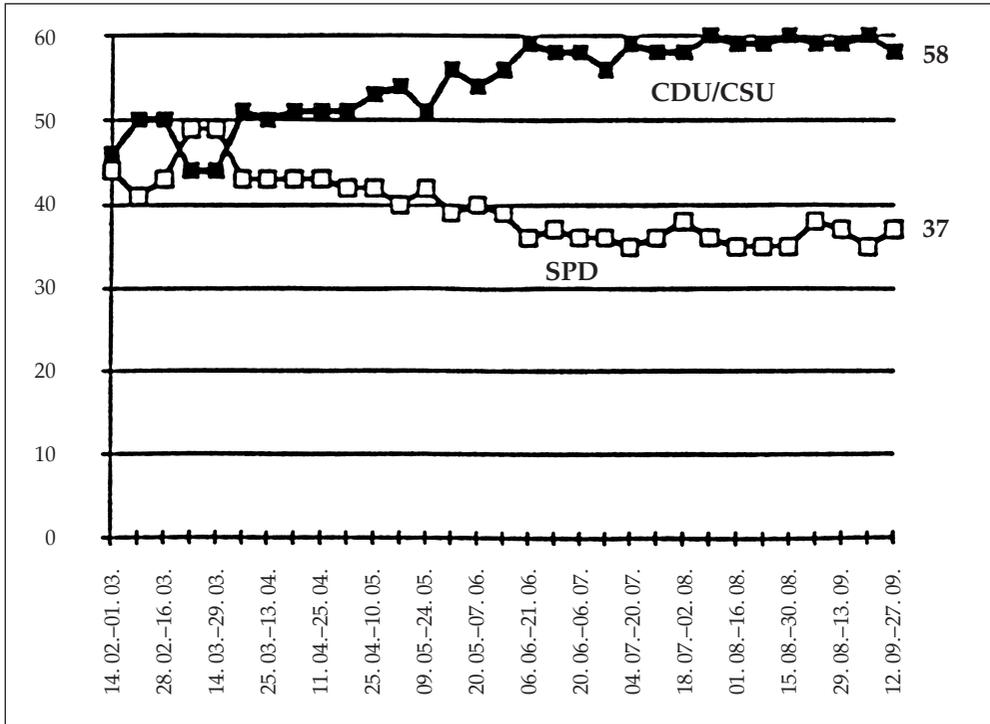
*Kompetenz für den wirtschaftlichen Aufbau in der ehemaligen DDR*

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 9010, 9011, 9012, 9013



## Wirtschaftsaufschwung und Kompetenz von CDU/CSU und SPD im Jahre 1994

Quelle: Emnid



Am Wahltag traute eine klare Mehrheit der Regierung eine eher gute beziehungsweise gute Bewältigung der Probleme zu, und nur ein Viertel der Wähler meinte, die Opposition habe eine größere Leistungsfähigkeit. Dies alles zusammen genommen führte zu der Anfang des Jahres 1994 kaum noch erwarteten Bestätigung der Bundesregierung im Herbst.

### Die Bundestagswahl vom 27. September 1998

Bei der Wahl 1998 wurde erstmals seit 1949 eine Bundesregierung in Gänze abgewählt. Der Sieg der Oppositionsparteien war ebenso eindeutig wie die Niederlage der Regierungsparteien tief.

Die Ausgangslage zu Beginn des Wahljahres war in jeder Beziehung für die Regierung und die sie tragenden Parteien schlecht. Die Stimmung blieb, sich

selbst verstärkend, bis zum Wahltag negativ. Es gab kaum Felder, in denen die Regierung halbwegs gut aussah. Lediglich die Einschätzung der Leistungsfähigkeit einer SPD-geführten Bundesregierung hielt sich in etwa die Waage mit den Noten für die amtierende Bundesregierung.

Eine große Mehrheit der Wähler war für einen Regierungswechsel und erwartete zugleich einen Sieg der Opposition. Die Problemlösungskompetenz lag bei allen wichtigen Themen bei der SPD (siehe Statistik Seite 55). Im September trauten der SPD 39 Prozent und der Union nur 30 Prozent zu, die Zukunftsprobleme Deutschlands zu lösen.

Bei der Kanzlerpräferenz konnte Bundeskanzler Kohl von Mai (26 Prozent) bis September (39 Prozent) zwar aufholen, aber nicht annähernd die

Werte von Ministerpräsident Schröder (Mai 65 Prozent, September 51 Prozent) erreichen.

Spätestens seit der Niedersachsen-Wahl vom März 1998 und der darauf folgenden Nominierung von Schröder zum Kanzlerkandidaten waren politische Stimmung, Lösungskompetenzen, Kanzlerpräferenz und Zukunftserwartungen auf einen Wechsel eingestellt. Der Wunsch nach neuen Gesichtern war ebenso ausgeprägt wie die Hoffnung, dass die ungeliebten Reformen der amtierenden Regierung ohne Einbußen für den Einzelnen von einer neuen Regierung geändert werden würden.

### Zwischenbilanz des Wahljahres 2002

Die politische Stimmungslage hat sich in den wenigen Monaten vor und nach dem Jahreswechsel 2001/2002 so eindeutig gedreht, wie es nur wenige nach der Niederlage von 1998 und nach den Turbulenzen in der Union in den Jahren 2000/2001 erwartet hatten. Der Regierung bläst seit einem knappen halben Jahr der Wind ins Gesicht. Der Opposition wuchs in dieser Zeit erneut nach 1998 wieder das Vertrauen zu, Regierungsverantwortung übernehmen zu können.

Die geänderte Stimmungslage lässt sich daran festmachen, dass die Mehrheit der Bevölkerung in allen wesentlichen Politikfeldern mit der Regierung unzufrieden ist. Die Meinung herrscht vor, dass Versprechen, besonders was die Arbeitslosigkeit und die materielle Absicherung angeht, nicht eingehalten worden sind. Auch die Anhänger der Regierungsparteien sind mit den Regierungsleistungen nicht zufrieden.

Seit der Nominierung von Ministerpräsident Stoiber hat sich die Wählermeinung über die Kompetenzvermutung und über die vermutete Einigkeit in den Unionsparteien positiv entwickelt. Dies wiederum hat das Selbstbewusstsein der

Unionsanhängerschaft gestärkt. Ende April waren 71 Prozent der Unionsanhänger überzeugt, dass die Union die Wahlen im September gewinnt. Erstmals ist auch die Gesamtbevölkerung dieser Meinung. 48 Prozent sehen die Opposition und nur 33 Prozent die Regierung vorne. Dies heißt auch, dass bislang die Mobilisierung der Oppositionsanhänger besser gelungen ist als die Mobilisierung der Regierungsanhänger.

Der Ausgang der Wahl in Sachsen-Anhalt vom April ist für die Unionsanhänger Bestätigung und Antrieb zugleich. Eine Landesregierung wurde abgewählt, weil kein Vertrauen und kein Zutrauen in ihre Lösungskompetenz bei wichtigen Fragen mehr vorhanden war. Seither wird stärker als bisher diskutiert, dass die Regierungsparteien im Bund in der Demoskopie seit langem ohne Mehrheit sind und daher wenig Chancen besitzen, im Herbst wieder eine eigene Mehrheit zu erringen.

Die Zufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung ist gering. Über zwei Drittel der Wähler sind unzufrieden, und nur eine Minderheit traut der Regierung zu, die Zukunftsprobleme Deutschlands zu lösen, vor allem in den Fragen der Wirtschaft und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie in der Frage der besseren Zukunftskonzepte liegen die Unionsparteien vorn.

Die Anziehungskraft für die Wähler und die Bedeutung für die Wahlentscheidung, die den Spitzenkandidaten zugemessen wird, ist auch im Vergleich mit dem Rückblick auf die Wahlen seit zwanzig Jahren in Relation zu anderen Entscheidungskomponenten zu setzen. Kandidat, Parteiprofil, Leistungsbewertung und Leistungserwartung müssen zusammenpassen. Die Sympathiewerte in der Gesamtbevölkerung dürfen nicht negativ polarisierend wirken.

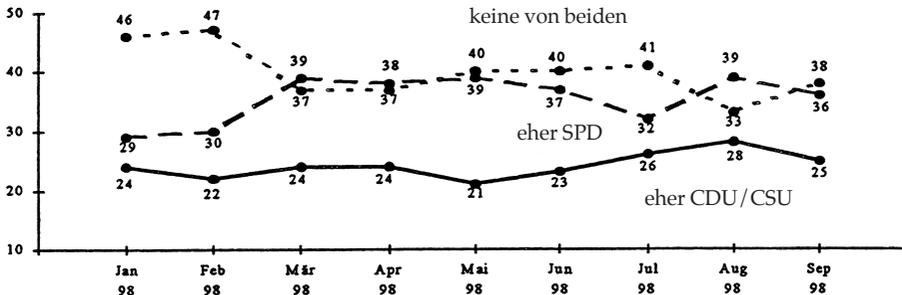
Anfang April meinten 17 Prozent der Wähler, der Spitzenkandidat sei für ihre Wahlentscheidung am wichtigsten, 44

Problemlösungskompetenzen von CDU/CSU und SPD im Jahre 1998

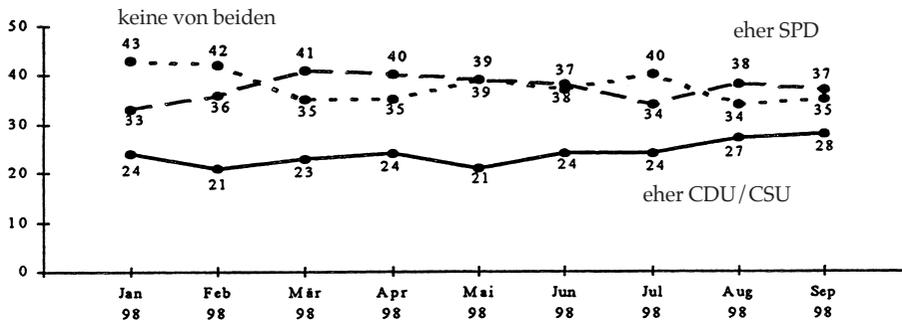
Quelle: Emnid

Welche Partei ist eher in der Lage, die Probleme, die ich Ihnen jetzt vorlese, so zu lösen, wie Sie es sich vorstellen: eher die CDU/CSU oder eher die SPD – oder keine von beiden?

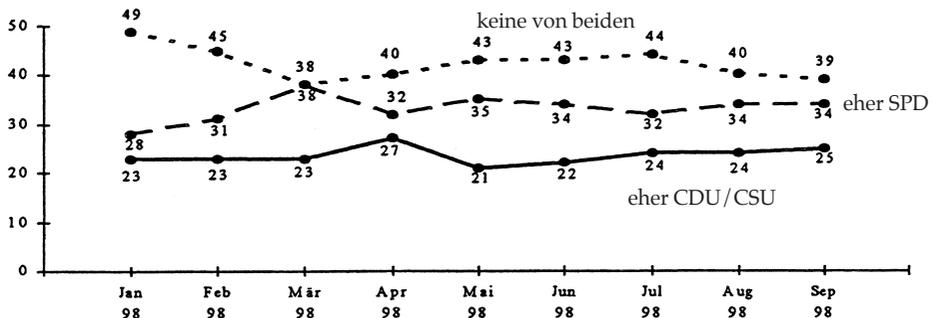
Arbeitslosigkeit



Steuern



Renten



Fehlende Werte zu 100 %: „weiß nicht/keine Angabe“  
EMNID

Angaben in %  
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Prozent hielten die Lösungsvorschläge der Parteien zu Sachfragen und 31 Prozent die langfristige Bindung an die bevorzugte Partei für ihre Wahlentscheidung am wichtigsten.

Ende April hielten 91 Prozent die Lösungskompetenz des Spitzenkandidaten bei den anstehenden Problemen für sehr wichtig/wichtig, und nur 54 Prozent hielten die sympathische Art des Kandidaten für sehr wichtig/wichtig. Es scheint, dass Kompetenz und Kandidat im Falle Stoibers zusammenpassen, während die Sympathiewerte bei Schröder keine Ent-

sprechung finden in der Bewertung von Parteiprofil, Leistungen der Regierung und Kompetenzvermutung für die Zukunft.

Aus der Sicht der Opposition ist die politische Stimmung im Wahljahr 2002 von Weihnachten bis Ostern positiv grundgelegt worden. Es gibt viele Anzeichen, dass sich zurzeit eine Wechselstimmung, zumindest eine Wechselbereitschaft anbahnt. Die Wähler sind immer mehr der Meinung, die an der Macht Befindlichen seien nicht mehr in der Lage, die anstehenden Probleme zu lösen.

Bundestagswahlen in Deutschland von 1949 bis 1998

Bundestagswahlen in Deutschland (% bzw. %-Punkte)								
	Wahlbet.	CDU/CSU <sup>1)</sup>	SPD	FDP	GRÜNE	PDS	REP	Son. <sup>2)</sup>
1949	78,5	31,0	29,2	10,1	–	–	–	29,6
1953	85,8	45,2	28,8	9,5	–	–	–	16,5
1957	87,8	50,2	31,8	7,7	–	–	–	10,3
1961	87,7	45,3	36,2	12,8	–	–	–	5,7
1965	86,8	47,6	39,3	9,5	–	–	–	3,6
1969	86,7	46,1	42,7	5,8	–	–	–	5,5
1972	91,1	44,9	45,8	8,4	–	–	–	0,9
1976	90,7	48,6	42,6	7,9	–	–	–	0,9
1980	88,6	44,5	42,9	10,6	1,5	–	–	0,5
1983	89,1	48,8	38,2	7,0	5,6	–	–	0,5
1987	84,3	44,3	37,0	9,1	8,3	–	–	1,4
1990	77,8	43,8	33,5	11,0	5,1	2,4	2,1	2,1
1994	79,0	41,4	36,4	6,9	7,3	4,4	1,9	1,7
1998	82,3	35,2	40,9	6,2	6,7	5,1	1,8	4,0
1998 = Vorläufiges Endergebnis Ab 1990 erweitertes Wahlgebiet			<sup>2)</sup> Sonstige 1949 darunter: KPD = 5,7 %, BP = 4,2 %, DP = 4,0 %, WGR/EZB = 4,8 %  Sonstige 1953 darunter: GB/BHE = 5,9 %, DP = 3,3 %, KPD = 2,2 %  Sonstige 1957 darunter: GB/BHE = 4,6 %, DP = 3,4 %					
<sup>1)</sup> In Bayern CSU								